

Für die Pflege reicht die Rente in vielen Fällen nicht aus

Weniger als die Hälfte der Bevölkerung sorgt entsprechend vor
– Insbesondere bei Frauen ist die finanzielle Lücke groß

MICHAEL J. GLÜCK | MECKENHEIM

Die Bundesbürger werden immer älter. Das ist gut so, meinen die Versicherer. Doch diese an sich erfreuliche demografische Entwicklung hat auch einen Haken: Mit zunehmendem Alter wächst das Risiko, zu erkranken oder gar zu einem Pflegefall zu werden. Davon sind Frauen in zweifacher Hinsicht besonders betroffen.

Den Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) zufolge wird die Bevölkerung Deutschlands in den kommenden Jahrzehnten jedenfalls nicht nur immer älter, sondern auch kränker. Die Zahl der Pflegebedürftigen könnte sich demnach bis zum Jahr 2030 um 58 Prozent von heute rund 2,1 auf 3,4 Mio. Personen erhöhen. Begründet wird die zunehmende Pflegebedürftigkeit allein mit der wachsenden Zahl älterer Personen. Dabei geht Destatis von einem geringeren Wachstum der Lebenserwartung aus als die Deutsche Aktuarvereinigung (DAV). Nach deren Sterbetafel DAV 2004 R für Rentenversicherungen hatten 65-jährige Männer im Jahr 2004 noch eine restliche Lebenserwartung von 24 Jahren, bei gleichaltrigen Frauen waren es 27 Jahre. Bis zum Jahr 2040 erhöht sich die Lebenserwartung dieser Altersgruppe aber auf voraussichtlich 30 beziehungsweise 34 Jahre.

Schätzungsweise die Hälfte der Pflegebedürftigen leidet an Demenz. Bis 2050 dürfte die Zahl der an Demenz Erkrankten sogar auf

mehr als zwei Mio. steigen. Auch wenn das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz, das zum 1. Juli 2004 in Kraft getreten ist, die Demenzerkrankung nun ausdrücklich als Pflegegrund nennt, bleibt der Bedarf an ergänzenden Pflegeversicherungen hoch. Zwar sollen auch die Kasernenleistungen dynamisiert werden, in erster Linie aber für die Pflege in den eigenen vier Wänden; denn diese ist billiger. Im Heim gibt es nur auf Stufe III mehr Geld. Der monatliche Höchstbeitrag hat sich von 1 432 Euro auf 1 470 Euro erhöht. Liegt ein Härtefall vor, gibt es seit dem 1. Juli 1 750 Euro statt bisher 1 688 Euro.

Auch bei geringem Pflegebedarf sind eigene Mittel notwendig

Doch für die vollstationäre Pflege und Unterbringung in einem Heim sind in der höchsten Pflegeklasse im Schnitt 2 581,44 Euro pro Monat fällig, wie Professor Ulrich Meyer von der Universität Bamberg auf der 18. Wissenschaftstagung des Bundes der Versicherten (BdV) in Bad Bramstedt vorgerechnet hat. Also müssen Monat für Monat rund 1 109 Euro aus der eigenen Tasche zugezahlt werden. Die professionelle Pflege eines Schwerstpflegebedürftigen, der rund um die Uhr betreut werden muss, kostet sogar 3 360 Euro, schätzt die Allianz in ihrem „Pflegenotstandsbericht 2020“. Bei einer gesetzlichen Durchschnittsrente für einen Mann von derzeit etwa 1 000 Euro entsteht dem-

nach allein dadurch eine finanzielle Lücke von knapp 900 Euro im Monat.

Bei Frauen ist diese Lücke noch größer. Denn ihre Altersrenten betragen weniger als die Hälfte der entsprechenden Renten der Männer, wie die Statistik der Deutschen Rentenversicherung Bund zum 31. Dezember 2007 zeigt. Die Hinterbliebenenrenten lagen zu diesem Zeitpunkt mit rund 550 Euro im Westen beziehungsweise knapp 570 Euro im Osten etwas darüber.

Auch bei einem geringeren Pflegebedarf müssen vielfach eigene Mittel aufgewendet oder Sozialleistungen beantragt werden, sofern nicht ergänzend vorgesorgt wird. Das gilt ganz besonders für die weibliche Bevölkerung. So waren von den 640 000 Pflegebedürftigen, die nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Dezember 2003 in Heimen betreut wurden, 78 Prozent Frauen.

Bislang legt aber weniger als die Hälfte der Bevölkerung insgesamt für den Fall einer Pflegebedürftigkeit finanzielle Reserven an, wie der „Pflegenotstandsbericht 2020“ der Allianz weiter erbracht hat. Das höchste Risiko tragen dieser Studie zufolge die Menschen, die bereits heute 60 Jahre und älter sind. Doch auch nur jeder Dritte dieser Altersgruppe habe für den Pflegefall vorgesorgt, betont der Versicherer.